

Ressort: Finanzen

Post-Tarifstreit: Verdi sieht Bundesregierung in der Pflicht

Berlin, 16.06.2015, 16:48 Uhr

GDN - Im aktuellen Tarifstreit mit der Deutschen Post sieht die Gewerkschaft Verdi die Bundesregierung in der Pflicht. "Der Bund als Großaktionär mit 21 Prozent der Anteile an der Deutschen Post AG ist in der Verantwortung: Er darf nicht zulassen, dass ein flächendeckendes Zustellnetz zerschlagen wird", sagte Verdi-Bundesvorstandsmitglied und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis am Dienstag in Berlin.

"Der Bund trägt Mitverantwortung dafür, im Interesse der Beschäftigten und der Kunden eine tragfähige Lösung zur Beilegung des Konflikts zu ermöglichen." Verdi zufolge befinden sich inzwischen 19.500 Beschäftigte im Ausstand. Der unbefristete Streik hatte vor gut einer Woche begonnen. Nach Angaben der Post kommt derzeit etwa jeder vierte Brief und jedes vierte Paket zu spät an. Verdi fordert im laufenden Tarifkonflikt neben einer Arbeitszeitverkürzung von 38,5 auf 36 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich 5,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten bei der Post.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-56191/post-tarifstreit-verdi-sieht-bundesregierung-in-der-pflicht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com